

Ausschuß für Innere Verwaltung**Protokoll**

30. Sitzung (nicht öffentlich)

26. November 1987

Düsseldorf - Haus des Landtags

09.30 bis 09.47 Uhr;
09.52 bis 10.00 Uhr

Vorsitzender: Abg. Pohlmann (SPD)

Stenographen: Frau Schröder-Djug, Eilting

Verhandlungspunkt und Ergebnis:

Haushaltsgesetz 1988

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/2250 und 10/2251

Einzelplan 03 - Innenminister

Vorlagen 10/1177, 10/1178, 10/1331
Zuschriften 10/1382, 10/1404, 10/1473, 10/1493

Abschluß der Beratung und Abstimmung

Der Ausschuß berät die als Anlage wiedergegebenen Änderungsanträge der SPD-Fraktion und stimmt sodann einzeln über sie ab.

Alle Anträge werden jeweils bei Enthaltung der F.D.P., ansonsten einstimmig angenommen.

In der GesamtAbstimmung wird der Entwurf des Einzelplans 03 mit den soeben beschlossenen Änderungen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. mit den Stimmen der SPD-Fraktion angenommen.

Berichterstatter: Abg. Mietz (CDU)

- - - - -

Ausschuß für Innere Verwaltung
30. Sitzung

26.11.1987
ei/sd-mm

Aus der Diskussion

Der Vorsitzende verweist auf das Antragspapier der SPD-Fraktion, das an die Ausschußmitglieder verteilt wird und diesem Protokoll als Anlage beigelegt ist.

Zur Begründung der Anträge führt Abg. Reinhard (SPD) aus, mit dem Antrag I sei eine Verstärkung der Kriminalpolizei beabsichtigt. Dabei solle ein Umweg beschritten werden: Polizeibeamte aus der Schutzpolizei sollten zur Kriminalpolizei überwechseln; sie seien dann nach einer kurzen Zeit verfügbar. Für die fehlenden Beamten der Schutzpolizei sollten dann 50 Polizeibeamte, die zunächst als Anwärter eingestellt würden, nachrücken.

Der Antrag unter II zielt auf die Verbesserung der Situation bei den "Weyerlingen". Da die Bestrebungen, im Bund verbesserte Pensionsregelungen zu schaffen, gescheitert seien, bleibe aus Sicht der SPD-Fraktion kein anderer Weg als der in dem Antrag vorgeschlagene. Der politische Wille sei damit klar zum Ausdruck gebracht.

Frau Abg. Larisika-Ulmke (F.D.P.) geht auf die Äußerungen des Abg. Reinhard in der Ausschußsitzung vom 08.10.1987 ein, der bedauert habe, daß die F.D.P.-Fraktion nicht anwesend gewesen sei, um zu begründen, warum sie den Haushalt ablehne. Abg. Dorn habe bereits im Plenum ausgeführt, daß die F.D.P.-Fraktion im Haushaltsentwurf eine Gesamtkonzeption vermisste. Insbesondere sei auch die Große Anfrage der F.D.P. zur Polizei immer noch nicht beantwortet. Die F.D.P. sehe sich nicht in der Lage, vorweg diesen oder jenen Antrag zu stellen oder diesem oder jenem Antrag zuzustimmen. Deshalb lehne sie auch den Einzelplan 03 in seiner Gesamtheit ab.

Abg. Mietz (CDU) bedauert, daß die SPD-Anträge erst heute bekanntgegeben worden seien, so daß die anderen Fraktionen nicht einmal die Möglichkeit gehabt hätten, sie in ihren Arbeitskreisen zu beraten. Nach ersten Feststellungen meine er, daß der Ansatz von 50 Stellen zu gering sei, um das Gesamtproblem im Endeffekt lösen zu können. Die CDU-Fraktion sei nach wie vor der Ansicht, daß eine Verstärkung gerade der Kriminalpolizei in einem größeren Umfang stattzufinden habe, wenn man sich nicht eines Tages vorhalten lassen müsse, daß die Kriminalpolizei nicht einmal mehr in der Lage sei, die notwendigsten Aufgaben wahrzunehmen. Trotzdem meine die CDU, daß hier zumindest ein Einstieg gemacht worden sei; und gegen diesen Einstieg habe sie keine Bedenken.